Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,10 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 2. März 1926 — Nummer 51

Der Polizeistiefel im Rathaus

Zusammenstöße im Stadtparlament
Drohung mit Hausfriedensbruchprozessen

Im Dresdner Stadtverordnetenkollegium geht seit einigen Wochen ein erbitterter Kampf der kommunistisch-sozialdemokratischen Minderheit gegen die Vergewaltigung durch die bürgerliche Mehrheit. Bei den letzten Wahlen haben die bürgerlichen Parteien eine geringe Mehrheit erhalten, die sie jetzt Stück um Stück ausgenützt haben, um eine bürgerliche Diktatur aufzurichten. Eine Parodie wurde das Verhalten der Bürgerlichen im Stadtverordnetenkollegium dadurch, daß in derselben Stadt im Landtag die Sozialdemokraten, die im Stadtparlament mit Fußtritten traktiert wurden, dieselben bürgerlichen Parteien unterstützten. Die erste Maßnahme des Bürgerblocks war, bei den letzten Präsidentenwahlen die Sozialdemokraten aus dem Präsidium herauszuwerfen. Dann ging man daran, eine Maulkorbgeschäftsordnung zu schaffen, die der Opposition die Stellungnahme zu den einzelnen Fragen unmöglich machen sollte. Gegen diese Geschäftsordnung wurde von der kommunistischen Fraktion der Kampf sofort mit aller Entschiedenheit aufgenommen. Die Sozialdemokraten, aufgefordert an der Opposition sich zu beteiligen, machten auch einige Male mit.

Dann jedoch vollzogen sie eine Schwenkung und gaben die Erklärung ab, daß die Geschäftsordnung vertagt werden müsse. Die kommunistische Fraktion führte den Kampf gegen die Vergewaltigung allein weiter. Unter dem Druck der Massen der Arbeiter wurde die SPD. gezwungen, erneut mit in die Opposition zu gehen. Auf Antrag mußte die gestrige Sitzung sich wieder mit der [illegible] beschäftigen. In dieser Sitzung stand die kommunistische und die sozialdemokratische Fraktion gemeinsam in Opposition. Der Sozialdemokrat Rösch verlangte gleich zu Anfang eine Beratung der vorliegenden Arbeiten in den Ausschüssen. Sämtliche bürgerlichen Parteien lehnten die Forderung ab.

Genosse Gäbel wendete sich mit aller Energie gegen diese Methode der Bürgerlichen. Durch eilig und nervös erteilte Ordnungsrufe verhindert der Vorsteher, der Demokrat Zeusche, den Genossen Gäbel am Reden, dem er dann das Wort entzieht. Im Verlaufe der weiteren Tagung kommt es zu dauernden Tumultszenen. Die Sitzung wurde dreimal unterbrochen. Gegen die Kommunisten hagelte es Ordnungsrufe. Im Tumult versuchte der Vorsteher, die Abstimmung durchzuführen. Genosse Wagner deckte dem Vorsteher die Abstimmungsliste zu. Der Vorsteher holte dann die Polizei in den Sitzungssaal und bestellte ein Ueberfallkommando. Diese Maßnahme rief auf der Linken stürmische Entrüstung hervor. Die Sitzung wurde wieder unterbrochen. Die Stadtverordneten versperrten dem Vorsteher, als er die Sitzung wieder eröffnen wollte, den Weg zum Vorstandstisch. Genosse Schrapel schloß die Sitzung. Der Vorsteher drohte mit Hausfriedensbruchprozessen.

Die Vorgänge im Dresdner Stadtparlament beleuchten deutlich das Vorgehen der Reaktion. Die dauernde Unterstützung durch rechte Sozialdemokraten hat die Reaktion erstarken lassen. Jetzt fühlt sich die Gesellschaft so stark, daß sie gegen die gesamte Arbeiterschaft auftritt. Die Arbeiter Dresdens müssen sofort gegen die Vergewaltigungsmaßnahmen der Bürgerlichen aufmarschieren. Unter dem Druck der Massen muß die Reaktion in die Knie gezwungen werden.

Sieben Jahre III. Internationale

Am 2. März jährt sich zum siebenten Male der Tag, an dem in Moskau — dem Zentrum der proletarischen Staatsmacht — unter dem Vorsitz unseres unvergeßlichen Lenin die Kommunistische Internationale gegründet wurde.

Es waren nicht viel Parteien, die diesen historischen Akt vollzogen, ja sogar der Spartakusbund enthielt sich bei der maßgebenden Abstimmung seiner Stimme, weil sein Vertreter von der deutschen Partei die Anweisung hatte, gegen die Neugründung der Internationale zu sprechen.

Hatte der Spartakusbund recht, daß er die Gründung einer neuen revolutionären Internationale, der 3. Internationale, gegenüber der bankrotten 2. Internationale der Kriegsbewilliger für verfrüht hielt? Oder hatte Lenin recht, daß er forderte, ein sichtbares Signal der Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte der Welt gegen die Bourgeoisie und ihre Lakaien im Arbeiterlager zu schaffen? Es bedurfte nicht erst des siebenjährigen Geburtstages der 3. Internationale, um klar zu sehen, daß der Spartakusbund damals im Unrecht und der geniale Leiter der kampferprobten russischen Partei, Lenin, recht hatte.

Die 2. Internationale war zusammengebrochen und ihre Wiederauferstehung in Hamburg 1923 begann schon wieder mit nationalistischen Phrasen und zum Teil tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten. Die Internationale des „marxistischen Zentrums", die 2½-Internationale der Hilferdinge, löste sich auf, weil sie nichts Grundsätzliches von den Durchhalte-Sozialisten trennte. Und während die Renaudel, Wels, Henderson, Adler auf Kongressen zusammenkamen, um sich wiederholt zu versichern, sie hätten sich ihre gegenseitig vorgeworfenen Sünden amnestiert, scharen sich in Moskau auf den Weltkongressen der 3. Internationale nicht nur ständig anwachsende Arbeitermassen Europas und Amerikas um das rote Banner des Klassenkampfes; nein, auch die erwachenden Kolonialvölker Asiens und Afrikas stoßen zur Klassenfront aller Ausgebeuteten der Erde.

Und wo im Laufe der letzten Jahre die Stimmung auftrat, eine gesonderte Internationale sei überflüssig, ja schädlich; wo die Meinung vertreten wurde, man müsse versuchen, innerhalb der wiedererstandenen 2. Internationale die Massen und damit auch diese Organisation zu revolutionieren; überall machten solche Auffassungen bankrott und vor uns steht als eherne Tatsache: Sieben Jahre Kommunistische Internationale mit rund 60 Parteien.

Mochten unsere Gegner lachen und höhnen über die „Sekte", die sich anmaßte, das Weltproletariat zu führen. Die „Sekte" hatte das Proletariat Rußlands, des sechsten Teils des Erdballs, als Sieger über seine Aussauger hinter sich, hatte die revolutionären Minderheiten des Proletariats großer kapitalistischer Staaten erfaßt und stützte sich auf die Sympathien von Millionen und aber Millionen Proletarier, die, obwohl noch organisatorisch an die Menschewisten gebunden, doch mit heißer Liebe zu Sowjetrußland, dem Bollwerk der proletarischen Revolution, aufblicken.

War der erste Kongreß der KJ. noch eine Propaganda, der zweite Kongreß war schon die Organisation, und der dritte gab die Richtlinien für die auf dem 1. und 2. Kongreß grundsätzlich und programmatisch festgelegten Wege und Methoden des Klassenkampfes. Stand der erste Kongreß noch unter der ausschließlichen Führung der KPR., der zweite schon bewies die weltumspannende Organisation, die mit Verehrung und Anerkennung auf die russische Bruderpartei blickte und doch schon verstand, sich eine kollektive Leitung zu schaffen.

Die „Drahtzieher aus Moskau" können heute keinen ehrlichen Arbeiter mehr schrecken. Das Weltproletariat lernt im anwachsenden Maße, daß die Führung des Klassenkampfes eine zentrale Führung nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Rennen benötigt. Und gerade wir in Deutschland grüßen in der 3. Internationale die Kraft, die in kollegialer, kameradschaftlicher Sorgfalt der deutschen Sektion half, alle Gefahrenzonen theoretischer und praktischer Politik zu überwinden und aus den Fehlern zu lernen, die aus der historisch begründeten Schwäche der Bewegung herrührten.

Es sind noch nicht alle Gefahren überwunden, die aus dem Klärungsprozeß einer relativ jungen Organisation entspringen. Vor der 3. Internationale steht nicht die beschauliche Zeit der Organisation, wie sie die 2. Internationale während der Blütezeit des Kapitalismus hatte. Unsere Massen müssen im täglichen Kampf gegen einen, unsere Bedeutung keineswegs unterschätzenden Gegner geschmiedet werden. Nicht am traulichen, friedlichen Herd glüht der Stahl für die Kampfwerkzeuge gegen die Bourgeoisie. Vor den Toren steht der Feind, und während das Rüstzeug des Proletariats im täglichen Kampf auf seine

Massenkundgebung der Chemnitzer Erwerbslosen

Panzerautos gegen die Demonstranten.

Chemnitz, 2. März. (Eig. Drahtbericht.) Wochenlang mit Versprechungen hingehalten, haben die Chemnitzer Erwerbslosen in den heutigen Tage ihren Willen bekundet, nunmehr aus der Reserve herauszutreten. Die KPD. hatte zu einer Demonstrationsversammlung aufgerufen. Lange vor der festgesetzten Zeit war der Saal überfüllt. Inzwischen hatten sich in der Stadt Demonstrationszüge formiert, die unter Mitführung von Schildern ihre Not den Bürgern demonstrierten. Das Ziel dieser Umzüge war der große Saal des „Adlers". Dort sprach Genosse [illegible] über die weiteren Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um der größten Not zu steuern. Alle bisher eingeschlagenen Wege waren ohne Erfolg. Hätte die SPD. nicht ständig das „Staatsinteresse" in den Vordergrund gestellt, so wäre schon Hilfe für die Erwerbslosen zustandegekommen. Das Schicksal ihrer eigenen Anträge im Landtag ist ein Schulbeispiel für die Arbeit der SPD. Die Versammlung nahm einstimmig Resolutionen an, in denen die sofortige Auflösung des Landtages verlangt und zu dem unerhörten Angriff der Metallindustriellen auf die Lohn- und Tarifverträge Stellung genommen wurde. Die Versammlung forderte vom Metallarbeiterverband, sofort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, in treuer Gemeinschaft mit den Erwerbslosen den Vorstoß der Unternehmer zurückzuweisen. Besonderen Sturm der Entrüstung löste die Mitteilung aus, daß die Polizei eine große Anzahl von Straßen für die Demonstrationszüge gesperrt hatte. Nach Schluß der Versammlung formierte sich wieder ein Demonstrationszug, der sich durch alle Stadtteile bewegte und schließlich durch die aus den Betrieben hinzukommenden Arbeiter auf etwa 10 000 Menschen angewachsen war. Nach der Auflösung der Demonstration zerstreuten sich in den Hauptverkehrsstraßen die Massen. Dies nahm der Chemnitzer Polizeistab zum Anlaß, alle verfügbaren Kräfte — Panzerautos usw. — einzusetzen. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Furcht vor der Abrechnung

Berlin, 2. März. (Eig. Drahtbericht.) Die „Vossische Zeitung" schreibt zum Volksbegehren: Die deutschnationalen Kreise, die beifällig die Sabotageversuche einzelner Gemeindebehörden verzeichnen, handeln nicht nur gesetzeswidrig, sondern auch höchst unvorsichtig, denn auch sie sollten doch erkannt haben, daß es sich bei dem Volksbegehren um eine Volksbewegung handelt, die weit über die Arbeit der Parteien der äußersten Linken hinausgeht. Der Versuch, durch betrügerische Machinationen diese Volksbewegung lahmzulegen oder zum Stillstand zu bringen, müßte dazu führen, daß erst recht eine Radikalisierung eintritt, die unabsehbare [illegible]

Die Gemeindeverwaltungen sabotieren das Volksbegehren

Unsere Genossen aus Wantscha teilen mit, daß der dortige Bürgermeister durch Bekanntmachung erklärt hat, daß die Eintragungsfrist für das Volksbegehren für den Ort Wantscha mit Sonntag, den 28. Februar 1926 abgelaufen sei. Auf die Vorstellungen der kommunistischen Gemeindevertreter, daß die gesetzliche Frist vom 4. bis 17. März 1926 zur Auslegung der Listen angeordnet sei, erklärte er: Er habe nur die Listen und einen gedruckten Zettel von den Parteien SPD. und KPD. erhalten, die Listen zur Eintragung könne er auslegen, wann er will, Hauptsache sei, daß die Listen 8 Tage ausgelegen haben, er habe das an der Gemeindetafel bekanntgemacht.

Trotz des Protestes unserer Genossen lehnt der Bürgermeister (Angehöriger des Stahlhelms) die Auslegung der Listen ab. So geschehen im Jahre 1926, nicht in Ostelbien, sondern in Ostsachsen. Genossen, dieser Vorfall zeigt, daß die Anweisungen der BL. unbedingt durchgeführt werden müssen. Verschärft die Kontrolle über die Eintragungslisten! Schützt die Plakate und Bekanntmachungen! Nieder mit dem reaktionären Fürstengesindel!

Die Demokraten und der Volksentscheid

Berlin, 2. März. (Eigener Drahtbericht.) Die demokratische Fraktion veröffentlicht heute folgenden Beschluß: „Die demokratische Reichstagsfraktion nahm in einer Sitzung am Montag einen Bericht des Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Richthofen über die Frage der Fürstenabfindung entgegen. Diesem Bericht zufolge sind zwar einige Verbesserungen des ursprünglichen Kompromißentwurfes erzielt worden, die aber den Forderungen noch nicht gerecht werden, die die Deutsche Demokratische Partei verlangen muß. Wenn nicht aus den im Gange befindlichen Verhandlungen wesentliche Verbesserungen hervorgehen, wird sich die Fraktion in einer ihrer nächsten Sitzungen darüber schlüssig werden, ob sie ihren Anhängern eine Beteiligung an dem Volksbegehren empfehlen soll."

Die Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler

Wie aus Berlin berichtet wird, ist die für gestern nachmittag vorgesehene Besprechung der Parteiführer beim Reichskanzler über die Frage der Innenpolitik auf Mittwoch mittag 12 Uhr vertagt worden.